

## Medienmitteilung

Thema	Grünliberale bezweifeln die Notwendigkeit einer PUK
Für Rückfragen	Martin Bäumle, 079 358 14 85 Thomas Weibel, 078 602 13 57
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, eMail <a href="mailto:schweiz@grunliberale.ch">schweiz@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.grunliberale.ch">www.grunliberale.ch</a>
Datum	31.05.2010

### Grünliberale bezweifeln die Notwendigkeit einer PUK

Die Grünliberalen legen Wert auf transparente und unabhängige Abklärungen der Vorgänge bei der Bewältigung der Finanzkrise und der Herausgabe von UBS-Kundendaten an die USA durch die Behörden. Diesem Anspruch wird der GPK Bericht mit seinen Empfehlungen und Schlussfolgerungen gerecht - soweit dies im parlamentarischen Prozess überhaupt möglich ist. Die Grünliberalen sehen wenig Mehrnutzen einer PUK und befürchten nur unnötige Kosten- und Zeitverluste. Trotzdem werden sich die Grünliberalen nicht gegen die Einsetzung einer PUK wehren, wenn ein Antrag bestehen bleibt und Zweifel daran bestehen, dass die GPK alle fraglichen Punkte geklärt haben könnte.

Die GPK hat das Geschehen mit dem Bericht akribisch aufgearbeitet, bewertet und die erforderlichen Schlüsse gezogen. Der Bericht lässt kaum mehr Fragen offen. Es wurden auch keine Bereiche identifiziert, wo die GPK zu keiner Aussage kommen konnte, oder wo sie weitere Untersuchungen für sinnvoll erachten würde. Der Rechtslage entsprechend erfolgten die Abklärungen im Rahmen der Aufsichtskompetenzen. Der getätigte Aufwand und der Einsatz aller Beteiligten verdienen unseren ausdrücklichen Respekt.

Der Bericht zeigt jedoch klar die Probleme der Behörden bei der Bewältigung der Finanzkrise und der Herausgabe von UBS-Kundendaten an die USA auf. Die Ursachen der Probleme liegen in der schwachen Führung, dem ungenügenden Informationsaustausch und der nicht adäquaten Projektorganisation.

Wo Handlungsbedarf herausgeschält wurde, wurden entsprechende Vorschläge erarbeitet und in die Motionen, Postulate und Empfehlungen gefasst.

Die Grünliberalen unterstützen insbesondere die Forderung, dass bei derartig komplexen und schwerwiegenden Geschäften die involvierten Departemente sich besser, rascher und umfassender austauschen müssen. „Gärtchen denken“ der Departementsleitungen darf keinen Platz haben, wenn es um die Interessen und das Wohl des Landes geht. Das erfordert, dass die konkurrierenden Verständnisse von Kollegialsystem und Departementalsystem fallweise abzugleichen sind und entsprechend departementsübergreifend gearbeitet wird. In der Pflicht ist dabei das Bundesratskollegium ebenso wie die einzelnen Departementvorsteher und Vorsteherinnen.

Eine PUK wird höchstens in Details neue Erkenntnisse liefern können. Auch eine PUK ist auf die dieselben Aufsichtskompetenzen wie die GPK beschränkt. Deshalb kann man insbesondere keine Aussagen erwarten, was die Leitung der UBS über das USA-Geschäft tatsächlich wusste. Dies muss UBS-intern geklärt werden. Genau da nimmt die GPK die UBS auch in die Pflicht. Die Grünliberalen erwarten von der UBS, dass sie wie von der GPK gefordert Transparenz über die Handlungsweisen aller relevanten Konzernstellen bei den Aktivitäten mit Subprime-Markt und im grenzüberschreitenden Geschäft mit Kunden aus den USA schafft.

Einer PUK müssen klare Aufgaben- und Fragen gestellt werden. Bisher haben die Befürworter diesbezüglich noch keine präzisen Angaben gemacht. Die Grünliberalen erwarten von einer PUK jedoch keine wesentlichen neuen Er-

kennnisse. Sie befürchten eher, dass sich der im Volk bekannte Merksatz einmal mehr bewahrheiten dürfte: „Ausser Spesen nichts gewesen“. Die Grünliberalen wollen aber möglichst Transparenz und Klarheit anstreben und wollen sich nicht dem Vorwurf von links oder rechts aussetzen, sie wollten etwas nicht klären. Deshalb werden sie sich nicht gegen eine PUK wehren, wenn ein Antrag bestehen bleibt und weiter Zweifel daran bestehen, dass die GPK alle fraglichen Punkte geklärt haben könnte.